

Wirtschaft



Foto: Shutterstock/ Simon LauX

Alte Häuser, wenige Straßen, große Gärten: Im Stadtteil Moorburg leben heute noch 740 Menschen

Idylle auf Zeit

Hafenerweiterung, grüner Wasserstoff, LNG-Terminal – die Stadt hat große Pläne für Moorburg.
Die Bewohner wollen etwas anderes: Ihre Ruhe VON JONATHAN DEUPMANN UND SIMEON LAUX

Lennart Rüpke sagt, er habe schon im Alter von acht Jahren genau erklären können, was das Wort Hafenerweiterung bedeutet. Heute ist er 35 Jahre alt, und die Hafenerweiterung immer noch ein Thema. Rüpke ist in Moorburg aufgewachsen, dem Stadtteil an der Süderelbe, zwischen Altenwerder, Hausbruch und Wilhelmsburg. 740 Menschen leben hier, die meisten wohnen in roten Einfamilienhäusern mit großen Gärten, außerdem gibt es noch eine Kirche, eine Gaststätte, eine Grundschule, viele grüne Wiesen und den Deich.

Seit 1982 gehört Moorburg zum Erweiterungsgebiet des Hafens, so steht es im Hafenerwicklungsgesetz. Dieses Gesetz räumt der städtischen Hafenbehörde Hamburg Port Authority (HPA) ein Vorkaufrecht ein und verbietet die Bebauung von bestehendem Grundeigentum in Moorburg. Der benachbarte Stadtteil Altenwerder wurde in den Sechzigerjahren ebenfalls zum Hafenerweiterungsgebiet erklärt. Die Stadt kaufte damals einen großen Teil der Häuser und Grundstücke über Jahre hinweg auf, kurz vor der Jahrtausendwende verließen die letzten Menschen den Ort. Vom Aussichtspunkt am Moorburger Deich sieht man heute den riesigen Terminal, der dort entstanden ist, mit unzähligen Kränen und Containern.

Tatsächlich befinden sich auch in Moorburg mittlerweile rund 90 Prozent der Immobilien im Besitz der Stadt. 2015 veranlasste der Senat, dass 161 Häuser und Grundstücke in Moorburg samt Erbbaurecht für einen Zeitraum von 75 Jahren an die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft Saga übertragen werden. Sie ist seither für die Vermietung und die Sanierung der zum Teil denkmalgeschützten Gebäude zuständig.

Die Grünen in der Bezirksversammlung Harburg kritisieren, dass Moorburg noch Teil des Hafenerwicklungsgesetzes ist: Der Senat behalte sich so das Recht vor, mit »demokratisch nicht legitimierten Verfahren Grundstücksenteignungen zum Zwecke der Hafennutzung« durchzuführen. Für das Dorf bedeutet das konkret: Es gibt kaum Wohnraum, obwohl viele Häuser und Baugrundstücke leer stehen. Es wird kaum saniert, etliche Häuser wirken verfallen. »Du wächst hier auf und fragst dich, wie das weiter-

gehen soll«, sagt Rüpke. »Finde ich hier einmal eine Wohnung, oder muss ich wegziehen?«

Dennoch sind auch Menschen nach Moorburg gezogen, so wie Lisa-Mia Schaich. Die 37-Jährige kam vor zehn Jahren bewusst hierher, weil sie mit ihrer Familie im Grünen leben wollte. Schaich wohnt mit ihrem Partner, drei Kindern, Hühnern und Katzen in einem Einfamilienhaus mit Garten. Schaich schätzt an Moorburg auch die starke Dorfgemeinschaft und die Freizeitmöglichkeiten, wie die Ponyweise am Deich. Das wäre anderswo in Hamburg nicht möglich gewesen, sagt sie. »Da ist Moorburg einfach außergewöhnlich.«

Doch heute ist Schaich fast jeden Tag beschäftigt mit dem Kampf um ein, wie sie es nennt, »lebenswertes Moorburg«. Mit dem 36-jährigen David Ghirm und anderen Moorburgern trifft sie sich regelmäßig zum »Runden Tisch«, der gewählten Interessenvertretung der Gemeinde. Sie tauschen sich mit Umweltverbänden oder der Handelskammer aus, bemühen sich um Gespräche mit Saga und Stadt. Ghirm schätzt, dass rund 30 Häuser in Moorburg leer stehen, die aufgewertet und vermietet werden könnten.

Warum das nicht geschieht? Die Saga verweist auf die »Rahmenbedingungen« Moorburgs als Teil des Hafenerweiterungsgebiets, die nicht vergleichbar mit der Situation in anderen Quartieren seien, und schreibt auf Anfrage außerdem: »Die für die Vermietung notwendigen Sanierungen stellen aufgrund der zum Teil hohen Instandhaltungsbefehle und in Teilen auch aus Gründen des Denkmalschutzes eine Herausforderung dar.«

Gudrun Schitteck, die seit 2020 für die Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft sitzt, sieht das kommunale Unternehmen hier stärker in der sozialen Verantwortung. Die Saga müsste weniger auf den Gewinn schauen und möglichen Wohnraum auch verfügbar machen.

Aber könnte nicht jederzeit alles an die HPA verkauft werden? Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen heißt es dazu: »Wir wollen im Rahmen der bisherigen Beschlussfassung des Senats die aktuelle Wohnnutzung in Moorburg fortführen sowie die Lebensbedingungen dort verbessern und werden das Gebiet in dieser Legislaturperiode nicht für die Hafennutzung in Anspruch nehmen.« Moorburg soll also nicht für die Hafenerweiterung weichen – zumindest nicht bis 2025, denn dann finden die nächsten Bürgerschaftswahlen statt.

Im Umkehrschluss bedeutet das, dass das Dorf mindestens weitere drei Jahre im Hafenerwicklungsgesetz bleibt, doch genau das wollen Rüpke, Schaich und Ghirm verhindern. Würde man den Ort aus dem Gesetz entlassen, hätten sie eine gesicherte Zukunft, sagen sie.

Die Wirtschaftsbehörde sieht das anders. Eine Sprecherin sagt: Es bestehe zwar aktuell keine »Erweiterungsabsicht«, dennoch sei es im »übergeordneten Interesse einer langfristigen und vorausschauenden Hafenpolitik, das Hafenerweiterungsgebiet für künftige Bedarfe weiterhin vorzuhalten.«

Moorburg angesichts einer vorausschauenden Hafenpolitik zu opfern – ist das vielleicht sinnvoll? Sind die Forderungen der drei Moorburger vermessen – das Leben im Grünen und die starke Dorfgemeinschaft zu erhalten, angesichts der großen Krisen der Welt? »Nein«, sagt Schaich. Es könne nicht nur um Wirtschaft und Hafen gehen. Sie hält eine Erweiterung des Hafens mit Blick auf die Entwicklung des Containerumschlags für nicht notwendig. Das Recht auf günstigen naturnahen Wohnraum überwiegt aus ihrer Sicht.

Im Frühjahr 2021 stellte die Handelskammer ihren »Zukunftsplan Hafens« vor. Darin heißt es, der Hafen solle zum »Motor und Innovationstreiber« für eine wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs und Norddeutschlands werden. Moorburg solle sich zu einem Energie- und Klimahafen entwickeln – und künftig grünen Wasserstoff produzieren. Im Fokus steht dabei das ehemalige Kohlekraftwerk Moorburg, nur wenige Hundert Meter vom Dorfkern entfernt. In dem Papier der Kammer hieß es auch, es »besteht die Herausforderung, den politischen Willen dafür zu entwickeln, Moorburg einer Hafennutzung zuzuführen.«

Gemeint ist: Der Senat soll über seinen Schatten springen und entgegen dem eigenen Koalitionsversprechen Moorburg zur Hafenerweiterung freigeben. Nach Protesten der Moorburger hat die Handelskammer diese Position allerdings korrigiert: Im November 2021 fand sogar eine gemeinsame Pressekonferenz mit Mitgliedern des Runden Tisches in Moorburg statt. Die Botschaft: Der Energie- und Klimahafen soll kommen, unter Berücksichtigung der Interessen der Dorf-

bewohner. Das Konzept biete dem Ort nun gar »eine neue Perspektive und bessere Lebensqualität für die Bewohner«, heißt es von der Wirtschaftsvertretung. Sie möchte da auf »strategische Impulse« setzen, die Umsetzung liegt aber bei der Stadt.

Im März 2022 wurde dann eine Machbarkeitsstudie zur Umrüstung des ehemaligen Kohlekraftwerks veröffentlicht. Sie kommt zu dem Schluss, dass eine Produktion von grünem Wasserstoff in Moorburg wirtschaftlich und technisch umsetzbar ist. Das alte Kraftwerk wurde Mitte 2021 endgültig abgeschaltet, und trotz vereinzelter Forderungen, es aufgrund der Energiekrisen wieder in Betrieb zu nehmen, hat der Eigentümer Vattenfall das Werk bereits teilweise abgebaut. Rund 80 Menschen sind derzeit mit der Stilllegung beschäftigt. Ende 2023 soll damit begonnen werden, auch die Gebäude abzureißen, dann kann der Klimahafen kommen. Zuletzt wurde auch darüber diskutiert, ob man in Moorburg nahe dem alten Kraftwerk einen schwimmenden LNG-Terminal ansiedeln könne. Vorerst scheint das vom Tisch zu sein, die Bundesregierung hat sich gegen Hamburg als dauerhaften LNG-Standort entschieden. Doch die Moorburger schauen auch auf solche Pläne mit Sorge – sowohl Wasserstoff als auch flüssiges Gas sind explosiv. Dass das Kraftwerk stillgelegt wird, darüber sind wiederum alle im Ort froh: Endlich ist die »fürchterliche Rauchwolke am Himmel« weg.

Lärm und Abgase drohen den Moorburgern dennoch: In unmittelbarer Nähe soll die Autobahn 26 Ost entstehen, eine zehn Kilometer lange Verbindung zwischen der A7 und der A1. Der Bau würde für die Bewohner jahrelangen Bauverkehr durch den Ortskern bedeuten, viele haben Angst, dass ihre alten Häuser dadurch Schäden nehmen. Der Bau des Autobahnabschnitts ist noch nicht genehmigt, also schreiben die Moorburger wiederum Einwendungen an die Stadt, organisieren ein Festival »Fürs Dorf & gegen die Autobahn«, sprechen mit den Umweltverbänden, der Stadt und so weiter und so weiter.

Drängt sich da nicht auch einmal der Gedanke auf, das dauerhafte Kämpfen und die Sorgen aufzugeben? Moorburg dem übergeordneten Interesse freizugeben – und einfach wegzuziehen?

Für Lisa-Mia Schaich kommt das nicht infrage. »Wir leben hier. Und wir wollen hier bleiben.«

»Du wächst hier auf und fragst dich:
Wie geht das alles weiter?«

Lennart Rüpke, 35



David Ghirm, Lisa-Mia Schaich und Lennart Rüpke (von links) kämpfen für eine Zukunft ihrer Heimat Moorburg. Sie wollen erreichen, dass die Gegend nicht mehr einer Hafenerweiterung zum Opfer fallen kann